

Banklizenz für PostFinance? Jürg Bucher, Leiter PostFinance, und Dr. Pierin Vincenz, CEO Raiffeisen Gruppe, im Streitgespräch

In den eidgenössischen Räten steht die Totalrevision Postgesetzgebung – und damit auch der Geschäftszweck der Post – zur Beratung, das heisst die Erweiterung des Hypothekar- und Kreditgeschäftes der Post. In der Sommersession wurde eine parlamentarische Initiative, welche die Geschäftstätigkeit von PostFinance auf das inländische Hypothekar- und Kreditgeschäft erweitern wollte, aus ordnungspolitischen Gründen abgelehnt. Im folgenden Streitgespräch werden die Wirkungen einer Banklizenz von PostFinance für den Bankenplatz, die Wirtschaft, die Kunden und nicht zuletzt für die Steuerzahler diskutiert.

Die Volkswirtschaft: *Herr Bucher, Sie haben mit Blick auf die Fortsetzung der politischen Debatte um die erweiterte Geschäftstätigkeit von PostFinance erklärt, PostFinance sei bereit, auf die Staatsgarantie zu verzichten. Warum wollen Sie unbedingt die Banklizenz?*

Bucher: PostFinance bietet bereits heute eine umfassende Palette an Bankprodukten. Nun geht es darum, etwas mehr Bewegungsfreiheit für PostFinance zu bekommen und das Geld auch im Inland für Privat- und Geschäftskredite investieren zu können. Ich habe seit Jahren immer wieder gesagt, dass wir die Staatsgarantie nicht unbedingt brauchen und wir auf diese verzichten wollen. Deshalb sind wir auch ganz klar für die Unterstellung von PostFinance unter die Finanzmarktaufsicht (Finma). Wir haben ein erfolgreiches Geschäftsmodell mit guten Konditionen und Produkten, das viele Kunden anzieht und gleichzeitig hervorragende Gewinne abwirft, mit Eigenkapitalrenditen von 15%-20%.

Die Volkswirtschaft: *Herr Vincenz, die Raiffeisen Gruppe gehört zu den entschiedensten Gegnern einer Banklizenz für PostFinance. Herr Bucher will auf die Staatsgarantie verzichten. Weshalb dennoch Ihr Widerstand?*

Vincenz: Wollte PostFinance in der Tat auf die Staatsgarantie verzichten, müsste das Unternehmen innert kürzester Frist völlig vom Staat getrennt werden. Der Bund steht in der Pflicht, weil es eine Staatsgarantie für die Post gibt, und somit auch für PostFinance. Die völlige Privatisierung wäre aber eine ganz andere Stossrichtung, als sie bisher zur Diskussion stand und würde wohl kaum dem politischen Willen entsprechen. Die Staatsgarantie für PostFinance auf Bundesebene und für Kantonalbanken auf kantonaler Ebene verzerrt den Wettbewerb. Das ist auch der Grund, weshalb wir gegen eine Banklizenz sind.

Die Volkswirtschaft: *Im Fall der UBS hat sich gezeigt, dass unter besonderen Umständen auch die beiden Grossbanken auf eine indirekte Staatsgarantie zurückgreifen können. Ist der Staat nicht in irgendeiner Form immer in der Pflicht, wenn es um die Aufrechterhaltung des Finanzsystems geht?*

Vincenz: Mit diesem Argument müsste man alle Banken verstaatlichen. Dann gute Nacht Marktwirtschaft! Staatliche und pri-

vatwirtschaftliche Aufgaben sollten nicht vermischt werden. In meinen Augen muss die Politik heute dringend Antworten darauf finden: Wie kommen wir im Bankensektor von der Staatshilfe weg? Und wie können wir verhindern, dass ein Fall UBS wieder passiert? Der Einfluss des Staates soll also möglichst vermindert werden. Banken, die strategische Fehler machen, sollen wieder von der Bildfläche verschwinden.

Bucher: Banken von einer gewissen Grösse sind fürs Funktionieren der Wirtschaft – national oder gar global – zu wichtig. Dies hat die Finanzkrise eindeutig gezeigt. Den staatlichen Einfluss radikal vermindern zu wollen, scheint mir zum jetzigen Zeitpunkt nicht das Richtige zu sein.

Vincenz: In der Schweiz ist nur eine Bank in grosse Schwierigkeiten geraten. Insgesamt haben die Schweizer Banken die Finanzkrise gut gemeistert. Dieser Einzelfall rechtfertigt in keiner Weise, dass nun alle Banken und Finanzinstitute mit einer Staatsgarantie ausgestattet werden. Das kann nicht im Interesse der Steuerzahler sein.

Bucher: Es stimmt, dass die Schweizer Banken gut durch die Finanzkrise gekommen sind – auch PostFinance. Selbst mit einem exponierten Anlageportefeuille von heute 70 Mrd. Franken, das zum Teil im Ausland angelegt ist, konnten die Wertberichtigungen auf einem absoluten Minimum gehalten werden. Das kommt in den guten Ergebnissen zum Ausdruck.

Die Volkswirtschaft: *Wenn trotz Finanzkrise die Ergebnisse der PostFinance stimmen und Ihr Institut gut positioniert ist: Was gibt es dann noch für Gründe, Ihr erfolgreiches Geschäftsmodell zu ändern?*

Bucher: Wir möchten unsere ausschliesslich aus der Schweiz stammenden Kundengelder wieder in der Schweiz investieren. Heute müssen wir mehr als 50% unserer Gelder auf dem internationalen Geld- und Kapitalmarkt anlegen. Eine Banklizenz würde zum einen der hiesigen Wirtschaft zugute kommen. Und zum anderen bekäme PostFinance dadurch mehr Flexibilität, was zu einer Reduktion der Risiken führen würde. Mit einem soliden Schweizer Hypothekarportfolio hätte ich in den letzten 12 Monaten etwas entspannter gelebt.



Bild: Hannes Saxer

J. Bucher: Mit einer Banklizenz könnte PostFinance ihre ausschliesslich aus der Schweiz stammenden Kundengelder wieder in der Schweiz investieren. Heute müssen wir mehr als 50% unserer Gelder auf dem internationalen Geld- und Kapitalmarkt anlegen. Eine Banklizenz würde also auch der hiesigen Wirtschaft zugute kommen.

Vincenz: Fakt ist, dass Institute mit Staatsgarantie seit der Finanzkrise enorm profitiert haben, weil der Faktor Sicherheit stark an Bedeutung gewonnen hat. Der enorme Zufluss an Kundengeldern ist denn auch unter diesen Umständen keine grosse unternehmerische Leistung. Wenn nun mit der Staatsgarantie im Rücken auf den internationalen Kapitalmärkten neue Finanzdienstleistungen angeboten werden, verzerrt dies zusätzlich den Wettbewerb. Besonders bei der Refinanzierung und der Fristentransformation ist die Staatsgarantie mit substantiellen Vorteilen verbunden. Ich möchte, um dies zu verdeutlichen, folgendes Bild brauchen: Würde einer Gruppe von Bäckern das Mehl durch den Bund zu 30% subventioniert und den anderen nicht, müsste auf jeden Fall mit heftigem Widerstand der Diskriminierten gerechnet werden.

Bucher: PostFinance hat bereits vor der Finanzkrise das Volumen verdreifacht, also zu einem Zeitpunkt, als die Sicherheit für den Kunden keine zentrale Rolle spielte. Dass uns noch der Erfolg vorgehalten wird, lässt mich nur schmunzeln. Wir haben ein ganz anderes Geschäftsmodell als alle anderen Retailbanken in der Schweiz. Wir sind ein passivlastiges Institut. Unser Geschäftsmodell baut auf dem Zahlungsverkehr und dem Sparangebot auf. Wir sind in der Situation, dass wir sehr viele Transaktions- und Spargelder haben, die wir wieder im Markt zu entsprechenden Konditionen anlegen müssen.

Die Volkswirtschaft: *Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage im Kreditmarkt? Stecken wir heute in einer Kreditklemme?*

Bucher: Im Hypothekengeschäft, wo wir dank unserer Partnerschaft tätig sind, stellen wir fest, dass sich die Nachfrage sehr gut entwickelt. Im ersten Halbjahr 2009 konnte PostFinance beträchtlich zulegen, obwohl wir nicht die günstigsten Anbieter im Hypothe-

kenmarkt sind. Im Geschäftskundenbereich ist die Situation unterschiedlich. Im Bereich der Finanzierung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften hat sich die Lage durch das Verschwinden vieler Auslandbanken verschlechtert. Wir haben in den letzten 18 Monaten den Anteil in diesem Sektor massiv ausgebaut. Engpässe bestehen sicher bei den exportorientierten Unternehmen, was auch zu verschiedenen politischen Initiativen geführt hat. Etwas weniger problematisch präsentiert sich die Lage bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Von einer generellen Kreditklemme in der Schweiz kann demnach nicht gesprochen werden.

Vincenz: Die Raiffeisen Gruppe ist Partner von 130 000 Unternehmen in der Schweiz. Wir haben einen guten Einblick in den Markt und stellen fest, dass es keine Kreditklemme in der Schweiz gibt. Für die Sicherstellung der Refinanzierung stehen die Banken grundsätzlich zur Verfügung. Dafür gibt es genügend Anbieter in der Schweiz. PostFinance kann auch nicht nach anderen als den bewährten marktwirtschaftlichen Kriterien Kredite vergeben. Die Kriterien für die Kreditvergabe sind bekannt.

Die Volkswirtschaft: *Herr Bucher, besteht nicht die Gefahr, dass wenn die PostFinance eine Banklizenz bekommt, die Kredite dann vermehrt nach politischen Kriterien vergeben und dadurch unnötige Risiken eingegangen werden?*

Bucher: Gegen solche Einflüsse würde ich mich klar zur Wehr setzen. Es kann nicht sein, dass PostFinance die Möglichkeit erhält, Kredite zu vergeben, um irgendwelche politische Ziele zu verfolgen und grössere Risiken einzugehen. Vielmehr geht es darum, den Wettbewerb noch weiter zu intensivieren und insbesondere die Abhängigkeit von den beiden Grossbanken bezüglich Geschäftskundenkredite, die 40% bis 60% des Volumens betragen, zu verringern. Dass dies ein Klumpenrisiko für die Schweizer Wirtschaft ist, hat uns die Finanzkrise in den letzten Monaten eindeutig vor Augen geführt. Offensichtlich ist es den anderen Banken bisher nicht gelungen, diese Marktanteile etwas zu verschieben. PostFinance wäre eine zusätzliche Kraft, die sehr professionell und risikobewusst Unternehmenskredite vergeben könnte.

Vincenz: Es gibt in der Schweiz nicht zu wenig Banken, welche die Verantwortung für Unternehmenskredite übernehmen. Vom Volumen her mag es zutreffen, dass die Grossbanken eher bei den grösseren Unternehmen tätig sind. Doch im Rückgrat der Wirtschaft, im KMU-Bereich, herrscht mit den Kantonal- und Regionalbanken sowie mit der Raiffeisen Gruppe genügend Konkurrenz unter den Schweizer Banken. Auch

wenn PostFinance ihre Risikopolitik etabliert hat: Es lässt sich nicht verleugnen, dass am Schluss ein Klumpenrisiko für den Staat und somit für die Steuerzahler existiert, wenn staatliche Banken sich noch stärker in diesem Markt engagieren.

Bucher: Diese Behauptung ist doch zu einfach. 70 Mrd. Franken im internationalen Geld- und Kapitalmarkt anzulegen, ist auf alle Fälle nicht risikoärmer.

Vincenz: Es kommt hier auf die Perspektive an: Für Bund und Kantone ist es ein grösseres Risiko, wenn alle Banken in der Schweiz investieren – nicht weil PostFinance die Kreditvergabe nicht gut machen würde, sondern rein aus der Häufung der Kreditvergabe in der Schweiz. Und wenn Herr Bucher die 70 Mrd. Kundengelder, die mit der Banklizenz in der Schweiz angelegt werden könnten, als Argument in die Waagschale wirft, ist das als direktes Druckmittel auf die politischen Entscheidungsträger zu verstehen.

Die Volkswirtschaft: *Die notwendigen Eigenmittel sind nur ein Teil der Auflagen, welche PostFinance bei einer Banklizenz erfüllen müsste. PostFinance würde dann von der Finma beaufsichtigt und müsste eine Reihe von externen Kontrollen über sich ergehen lassen, aber wohl auch die internen Kontrollen ausbauen. Herr Bucher: Unterschätzen Sie den Aufwand, der mit diesen Kontrollen verbunden ist, nicht?*

Bucher: Ein Finanzinstitut, das Kapital in dieser Grössenordnung bewegt, kann nicht halb professionell geführt werden. Die Strukturen für diese Kontrollen sind längst etabliert und funktionieren hervorragend. Wäre dem nicht so gewesen, hätte der Bund während der Finanzkrise tatsächlich ein grösseres Problem erhalten. Für uns ist die Unterstellung unter die Finma ein Vorteil. Sie schafft Transparenz und Vertrauen gegenüber den Aufsichtsstrukturen, die heute sehr verzettelt sind.

Die Volkswirtschaft: *Herr Vincenz, wie beurteilen Sie den organisatorischen Prozess, der mit dem Erhalt einer Banklizenz verbunden ist?*

Vincenz: PostFinance ist heute vergleichbar mit einer Pensionskasse, die Gelder entgegennimmt und in den Kapitalmärkten anlegt. Der Schritt hin zu einer Bank ist nicht zu unterschätzen, Herr Bucher. Dieser Prozess würde Ihnen und Ihren Mitarbeitenden sicher gelingen, wenn auch vielleicht etwas langsamer als allgemein angenommen wird, weil neue Funktionen aufgebaut werden müssen. Beim Aufbau einer Bank ist Vorsicht geboten; ein schnelles Wachstum birgt Risiken. Auch bei der Auswahl des Personals

muss sehr sorgfältig vorgegangen und auf die Qualität geachtet werden.

Bucher: Wir sind ja nun schon eine Weile mit Partnerschaften im Kreditgeschäft tätig und kennen dieses Geschäft sehr gut. Die ganze Operation, die Risikobeurteilung und die Kreditverarbeitung werden bei uns gemacht. Die Risiken gehen auf die Bilanz unseres Partners – nicht mehr und nicht weniger.

Vincenz: Wenn Sie mit dem bestehenden Modell zufrieden sind und das Risiko nicht beim Bund, sondern bei den – zum Teil ausländischen – Partnern liegt, würde ich es so belassen.

Die Volkswirtschaft: *Herr Bucher, verfügt PostFinance heute für eine Banklizenz über genügend Eigenmittel? Von Kritikern der Banklizenz ist zu lesen, dass zur Einhaltung der Leverage Ratio von 3% der Bund noch 1 Mrd. Franken Kapital einschiessen müsste.*

Bucher: Das sind Fantasiezahlen. Bei einer Leverage Ratio von 3% müssten wir das heutige Geschäft mit etwas mehr als 2 Mrd. Franken Eigenkapital unterlegen. Dieses Kapital ist heute bei PostFinance vorhanden. Wir haben dies durch unsere guten Resultate in den letzten Jahren praktisch selber erarbeitet. Unabhängig davon, ob wir jetzt ins Kreditgeschäft gehen oder nicht, ist in der Botschaft des Bundesrates zum Postgesetz vorgesehen, dass bei einer Umwandlung in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft der bankregulatorisch notwendige Teil des Eigenkapitals auf die Bilanz von PostFinance kommt. In diesen gut 2 Mrd. Franken sind noch 35% Reserven eingerechnet. Es ist also ein Ammenmärchen zu sagen, der Bund müsste bei PostFinance Eigenkapital einschiessen.

Vincenz: Fakt ist, dass die Gewinne zum grossen Teil durch die Zahlungsverkehrsaktivitäten der Post generiert wurden. Die PostFinance wurde erst nachträglich gegründet. Das Geld, das dort erwirtschaftet worden ist, gehört demnach dem Bund. Das Eigenkapital kann man also nicht einfach hinüberschieben und der PostFinance zuschreiben.

Bucher: Ich wiederhole, dass das heutige Geschäft mit Eigenkapital zur Risikoabsicherung unterlegt werden muss. Bei der Festsetzung der Postorganisation Mitte der Neunzigerjahre ist klar festgelegt worden, dass die Konzerngewinne zum Aufbau des Eigenkapitals, zur Finanzierung der Pensionskasse sowie zur Ablieferung an den Bund zu verwenden sind. Die Post braucht diese Erträge. Im Zahlungsverkehr waren wir übrigens in starker Konkurrenz zu anderen Anbietern, gegen die wir uns schliesslich durchgesetzt haben. Hingegen kann der Barzahlungsverkehr bei den Poststellen höchstens kostende-



Bild: Hannes Saxer

P. Vincenz: Eine PostFinance mit Banklizenz und Staatsgarantie führt zu einer Wettbewerbsverzerrung. Ich plädiere dafür, dass die Postgeschäfte über die Post und die Bankgeschäfte über die Bank abgewickelt werden sollten. Das ist auch für strukturschwächere Gebiete das bessere Angebot.

ckend geführt werden. In der Vergangenheit schrieben wir grössere Verluste.

Vincenz: Der Zahlungsverkehr bei den Ämtern ist eine Uraufgabe und ein Grundversorgungsauftrag der Post. Durch den Auftrag des Zahlungsverkehrs des Bundes wurde das Geld verdient und gut angelegt, sehr gut sogar, dazu stehe ich. Man kann jetzt nicht einfach diese Gelder entkoppeln, sondern die gehören dem Bund, und wenn da Eigenkapital eingeschossen wird, so kommt das vom Bund.

Die Volkswirtschaft: Herr Vincenz, welche Auswirkungen hätte Ihrer Meinung nach die Erteilung der Banklizenz für PostFinance auf Ihre Gruppe?

Vincenz: Eine PostFinance mit Banklizenz und Staatsgarantie führt zu einer Wettbewerbsverzerrung. Ich plädiere dafür, dass die Postgeschäfte über die Post und die Bankgeschäfte über die Bank abgewickelt werden sollten. Das ist auch für strukturschwächere Gebiete das bessere Angebot. Ansonsten entsteht dort ein zusätzlicher Wettbewerbsdruck, was zu weiteren Schliessungen von Poststellen, aber auch von Bankfilialen, führen wird. Diese Entwicklung hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Strategie von Raiffeisen, die entsprechend angepasst werden müsste. Hingegen würden wir eine voll privatisierte PostFinance mit Banklizenz ohne irgendwelche Staatshilfe als Marktteilnehmer begrüssen.

Bucher: PostFinance wird mit oder ohne Banklizenz weiter wachsen und das Kreditgeschäft weiter ausdehnen – dann halt mit einem guten Partner, wie wir ihn für das Hypothekengeschäft in München haben. Im Übrigen ist es eine Illusion zu glauben, dass das Poststellennetz im heutigen Umfang ohne Finanzdienstleistungen aufrechterhalten werden kann. PostFinance generiert mit den verschiedenen Aktivitäten 50% des Einkommens

der Poststellen. Wenn wir dieses Geschäft reduzieren würden, hätte dies grössere Konsequenzen für die Poststellen. Hingegen habe ich bis heute nicht festgestellt, dass Kantonal- oder Regionalbanken, aber auch nicht Raiffeisenbanken wegen einigen wenigen Prozenten an Marktanteilen der PostFinance im Hypothekengeschäft gleich in Schwierigkeiten gekommen sind und Filialen schliessen mussten.

Vincenz: Über die Frage dieser Quersubventionierung muss die Politik entscheiden. In der Tat findet eine Quersubventionierung zwischen Poststellennetz und Bankgeschäft statt.

Die Volkswirtschaft: Wie stellen Sie sich zur Quersubventionierung innerhalb der Post?

Bucher: Es findet tatsächlich eine Quersubventionierung statt, nur in die umgekehrte Richtung. PostFinance zahlt sämtliche Vollkosten für das Poststellennetz. Im ersten Halbjahr 2009 hat PostFinance mehr als die Hälfte zum Ergebnis der Post beigetragen, und dieses Verhältnis wird sich noch weiter verschieben. Das ist das Problem, das die Post heute hat. Die Post braucht dringend neue Geschäftsfelder, sonst wird sie irgendwann zu einem subventionierten öffentlichen Betrieb.

Vincenz: Um die Post in Zukunft finanziell zu stärken, braucht es gerade das heute bestehende Geschäftsmodell: über den in der Grundversorgung definierten Zahlungsverkehr Geld zu generieren und dieses effizient zu bewirtschaften. Dadurch müsste die ganze Infrastruktur – Kreditprüfung, Risikouberwachung, Verkaufseinheiten – nicht aufgebaut werden. Längerfristig kann über dieses Geschäftsmodell mehr Geld generiert werden, als wenn in der Schweiz völlig unnötige zusätzlich Bankinfrastrukturen aufgebaut werden.

Bucher: Bevor wir überhaupt Geld anlegen können, müssen wir Kunden haben, die uns Geld bringen. Kunden lassen kein Geld da, wenn Sie nur ein Transaktionskonto anbieten. Es braucht ein umfassendes Angebot. Ich begreife, dass die Banken etwas Angst haben um die ganz guten Kunden, die jetzt immer mehr zu uns kommen. Der Zustrom an Kunden hält nunmehr seit acht Jahren an.

Vincenz: Genau das ist ja der Beweis für den Erfolg des bestehenden Geschäftsmodells mit einer Staatsgarantie. Der Fokus liegt auf Zahlungsverkehrsdienstleistungen, gemäss dem alten Prinzip «Schuster, bleib bei deinen Leisten».

Die Volkswirtschaft: Meine Herren, ich danke Ihnen für das Gespräch. ■

Gesprächsleitung und Redaktion:
Geli Spescha, Chefredaktor «Die Volkswirtschaft»

Abschrift: Simon Dällenbach,
Redaktor «Die Volkswirtschaft»